

GRAZER STADTBLATT

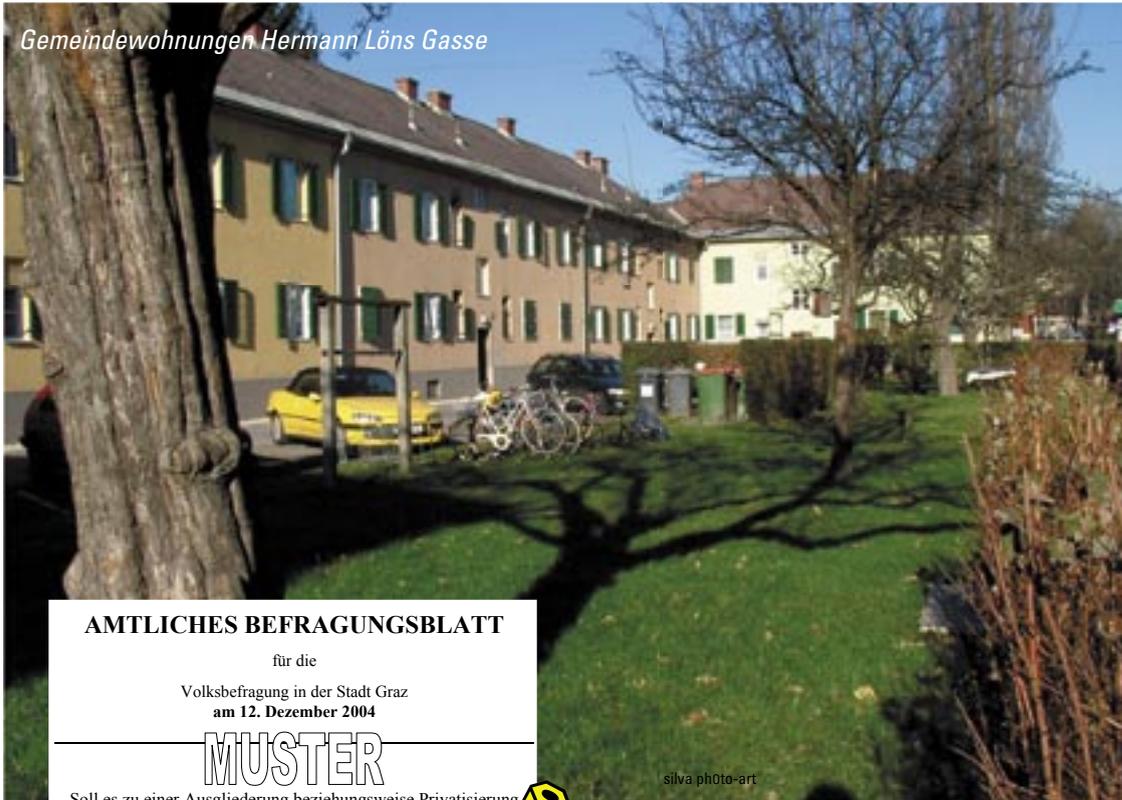
Eine ganz wichtige Stimme in der Stadt



Gemeindewohnungen verkaufen? Die Bevölkerung hat das Wort!

Volksbefragung am 12. Dezember

Gemeindewohnungen Hermann Löns Gasse



Am Sonntag, den 12. Dezember ist es so weit: Die Grazerinnen und Grazer werden befragt, ob sie für eine Privatisierung der Gemeindewohnungen sind oder nicht. Die leeren Stadtkassen lassen Politiker von ÖVP und SPÖ auf die Gemeindewohnungen schießen. Mit deren Privatisierung möchte man kurzfristig Budgetlöcher stopfen. Schließlich hatte man in den letzten Jahren Geld mit beiden Händen ausgegeben.

Ein Verkauf der Gemeindewohnungen wäre allerdings ein nicht wieder gut zu machender Fehler. Einerseits würde Familiensilber unwiederbringlich verscherbelt, andererseits hätte dies auch fatale Folgen für die Sozialpolitik in Graz. Nur die Grazer Bevölkerung könnte noch ein Machtwort sprechen.

AMTLICHES BEFRAGUNGSBLATT

für die
Volksbefragung in der Stadt Graz
am 12. Dezember 2004

MUSTER

Soll es zu einer Ausgliederung beziehungsweise Privatisierung
der Grazer Gemeindewohnungen kommen?

ja

nein



silva photo-art

Hingehen und abstimmen!

kaltenegger KPO

MEINUNG



Von
KPÖ-Wohnungsstadtrat
Ernst Kaltenegger



Am 13. Dezember ist es zu spät!

Die Rathausmehrheit von ÖVP und SPÖ bestreitet jede Absicht zum Verkauf der Gemeindewohnungen. Schließlich fürchtet man ein deutliches Nein der Grazerinnen und Grazer bei der Volksbefragung am 12. Dezember. Dieses könnte nämlich ein seit langem geplantes Vorhaben ganz schön in Schwierigkeiten bringen.

Da sich die Hinweise auf einen beabsichtigten Verkauf der Gemeindewohnungen verdichteten, verlangte die KPÖ-Fraktion bereits im März dieses Jahres in einem Dringlichkeitsantrag, dass sich der Grazer Gemeinderat klar für einen Verbleib der Wohnungen bei der Stadt aussprechen solle. ÖVP, SPÖ und FPÖ lehnten ein solches eindeutiges Bekenntnis zu den Gemeindewohnungen ab. Wie man später erfuhr, aus gutem Grund: Bereits im Frühjahr hatte es Gespräche zwischen der Grazer Bau- und Grünlandsicherungsgesellschaft (GBG) und Vertretern von Wohnbaugenossenschaften über eine Übernahme der Gemeindewohnungen gegeben.

Als diese Geheimgespräche wenige Monate später aufflogen, war man bei den Verantwortlichen der Stadt krampfhaft um ein Verschleiern der wahren Absichten bemüht. Diese Gespräche hätten keinerlei offiziellen Charakter gehabt, wurde beteuert. Die Geschichte erinnert allerdings sehr stark an den Beginn des Verkaufes der Grazer Stadtwerke an die ESTAG. Auch damals wurde anfänglich vor allem von der SPÖ betont, dass man überhaupt nicht an einen Stadtwerke-Verkauf denke. Gesammelte Unterschriften für die Durchführung einer Volksbefragung zu den Stadtwerken ließ die SPÖ-nahe Gewerkschaftsführung in den Schubladen verstauben. 49 Prozent der Energieversorgung der Stadtwerke wurden mit der Zustimmung von SPÖ, ÖVP und FPÖ verkauft.

Heuer, nach dem ESTAG-Skandal, ist die SPÖ plötzlich auf die glorreiche Idee gekommen, die Stadt solle die ESTAG-Anteile zurückkaufen. Doch der Zug war schon längst abgefahren – die ESTAG-Bosse haben einer solchen Absicht eine deutliche Abfuhr erteilt.

Andererseits schaut es jetzt bei den Gemeindewohnungen aus: Hier wird es am 12. Dezember eine Volksbefragung geben. Die Grazer Bevölkerung hat die Möglichkeit, ihre Meinung zu einer Privatisierung zu sagen. Nutzen Sie diese Chance der direkten Demokratie und gehen Sie abstimmen! Am 13. Dezember ist es zu spät...



Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 71 62 91
mail: stadtrat.kaltenegger@stadt.graz.at

Inflation: KPÖ fordert Teuerungsausgleich

Die Inflationsrate ist in Österreich auf 2,6 % angestiegen – die Pensionisten will man dafür mit 10 Euro brutto entschädigen, auch die Gehaltsabschlüsse bei den Metallern und bei den Handelsangestellten liegen unter der Inflationsrate.

Besonders stark angestiegen sind die Energiepreise und die Kosten für das Wohnen. Deshalb

fordern wir einen Inflationsausgleich von 100 Euro für jeden.

Man könnte sich viele Hilfsaktionen für arme Menschen ersparen, wenn man jenen unter uns, denen es nicht so gut geht, die gestiegenen Lebenshaltungskosten zur Gänze abgilt. Aber das entspricht nicht der herrschenden Politik.

NEIN zu Schulschließungen!

Als Reaktion auf die von ÖVP und SPÖ geplanten Auffassungen der Schulstandorte VS Ries, VS Wieland und HS Krones gelang es der erbosten Elternschaft des Bezirks Ries innerhalb kürzester Zeit über 1000 Unterschriften gegen die Auflösung des einzigen(!) Schulstandortes ihres Bezirks zu sammeln. (Warum hat eigentlich der Bezirksrat monatelang geschwiegen?) Es wird sich zeigen, ob diese klare Stellungnahme der Bevölkerung des Bezirks Ries in letzter Sekunde ein Umdenken der Rathausmehrheit zu erreichen vermag...

Tiefste Betroffenheit an den beiden anderen Schulen: Hervorragende Integrationsarbeit, die schon an der VS Krones beginnen konnte und im HS-Gebäude nebenan durch Kooperation häu-

fig ihre Fortführung erlebte, kann in dieser Weise nun nicht mehr weiterwirken.

Und an der VS Wieland erleben Kinder nun, dass ihre selbstverfassten Briefe an die Politiker, in denen sie um den Erhalt ihrer Schule ersuchen, keine gewünschte Resonanz hervorgerufen haben, ihren Bitten also nicht entsprochen wird! Auch ein Beitrag zur Politischen Bildung...
fabisch



Einnahmerückstände: Graz verzichtet auf Millionen

Trotz der angespannten Finanzlage der Stadt gibt es offene Forderungen in der Höhe von rund 20 Millionen Euro 280 (Millionen Schilling) aus fast allen Bereichen der Stadt.

Nicht bezahlte Kanalschlussgebühren in der Höhe von 8,3 Mio. Euro machen den Hauptanteil aus; weiters sind die Bauabgabe, Kanalbenutzungsgebühr, Grundsteuer und Parkgebühren nicht einzutreiben.

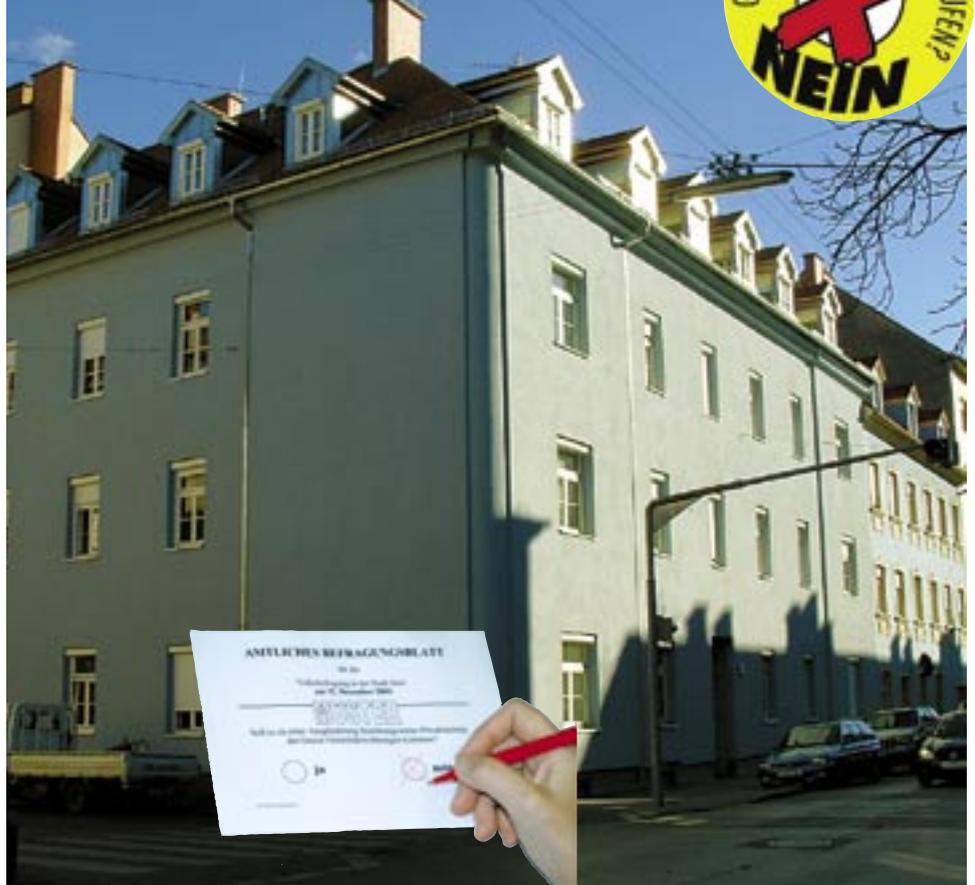
Es gibt kein funktionierendes Mahnwesen. Mahnungen werden keine ausgestellt. Da auch die Exekutionsabteilung der Stadt eingespart wurde, ist – trotz eines kritischen Hinweises des Stadtrechnungshofes ist keine Verbesserung in Sicht.

Dabei wäre es viel vernünftiger, ausstehende Summen einzutreiben als beispielsweise die Kanalbenutzungsgebühr zu erhöhen.

Gemeindewohnungen Hackergasse 32 : Behindertengerechtes Wohnen



Das Wohnhaussanierungsprogramm des städtischen Wohnungsamtes ist um ein erfreuliches Kapitel reicher. Aus 33 zum Teil kleinsten Substandardwohnungen entstanden im Zuge einer umfassenden Sanierung mit Fördermitteln des Landes Steiermark 19 neue Gemeindewohnungen der Kategorie „A“. Nach einer Bauzeit von rund 12 Monaten wurde das ursprünglich schon sehr baufällige Haus Hackergasse 32 in einen Top-Zustand gebracht. Die neuen Wohnungen verfügen nun über Fernwärme anstelle der ursprünglich vorhandenen Einzelöfen, wodurch ein Beitrag zur Vermeidung von Feinstaub geleistet werden konnte. Durch „Barrierefreies Wohnen“ wurden eine Rampe an der Haustür, ein elektronischer Türöffner sowie der Einbau eines Liftes ermöglicht. Darüber hinaus wurden drei der neuen Wohnungen behindertengerecht ausgestattet. Stadtrat Ernest Kaltenegger: „Auch im Namen der Mieterinnen und Mieter ein Großes Danke an die steiermärkische Wohnbauförderung, die uns bei der Sanierung der städtischen Wohnhäuser kräftig unterstützt. Besonders freut es mich, dass der Grundsatz des barrierefreien Wohnens in diesem Objekt vorbildlich umgesetzt werden konnte.“



Reich und Arm. Die Fakten

Die Reichen und die Regierung sagen, dass für Soziales kein Geld da wäre.

Das Geld ist aber vorhanden: Die 100 reichsten Österreicher haben zusammen ein Vermögen

von mehr als 54,7 Milliarden Euro (über 700 Milliarden Schilling). Reichtum hat in Österreich eine politische Macht entwickelt, die seinen Interessen und der Mehrung von Reichtum nutzbar

gemacht wird. Die Reichen werden immer reicher

Das Vermögen der Reichen ist sehr oft steuerschonend in Privatstiftungen geparkt. Laut seriösen Schätzungen liegen bereist 40 – 45 Millionen Euro auf diesen Stiftungen. Der Grund dafür sind Steuerprivilegien. Die Reichen zahlen dort fast keine Steuer. Die Erbschaftssteuer beträgt nur ein Drittel des sonst üblichen Maßes.

Deshalb sind Privatstiftungen der Hort des Reichtums schlechthin. Zu den großen Stiftern gehören in Österreich der alte Adel (Auersperg, Czernin, Schwarzenberg), viele Unternehmerfamilien (Essl, Fürnkranz, Hartlauer, Hrachowina, Kapsch, Lugner, Michelfeit, Palmers, Quester,

Radatz, Wiesbauer, Wlaschek, Zgonz, Bartenstein oder Haselsteiner) und Medizern (Dichand, Falk, Fellner).

Der Masse der Bevölkerung nimmt man gleichzeitig immer mehr weg

876.000 Menschen oder 11% der Bevölkerung sind in Österreich von Armutsgefährdung oder Armut betroffen. Zwischen Armut und Gesundheit besteht ein deutlicher Zusammenhang: Ärmere Menschen sind häufiger krank. Sozialleistungen sind ausgesprochen wichtig, denn sie vermindern die Anzahl der armen Personen in Österreich um mehr als die Hälfte.

(Quelle: Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich. Wien 2004)

Das sind die Spitzenreiter:

			PLUS gegenüber 2003
1.	Flick, Karl Friedrich	6,1 Mrd. Euro	+213 Mio. Euro
2.	Liechtenstein, Fürst Hans Adam	3,3 Mrd. Euro	+116 Mil. Euro
3.	Horten-Charvat-Heidi	3,1 Mrd. Euro	+ 109 Mio. Euro
4.	Wlaschek, Karl	3,0 Mrd. Euro	+ 105 Mio. Euro
5.	Piech, Fredinand	2,9 Mrd. Euro	+ 101 Mio. Euro
6.	Schaeffler, Maria Elisabeth	2,1 Mrd. Euro	+ 72 Mio. Euro
7.	Mayr-Melnhof-Saurau, Franz	1,9 Mrd. Euro	+ 181 Mio. Euro
8.	Familie Meinl	1,7 Mrd. Euro	+ 61 Mio. Euro
9.	Mateschitz, Dietrich	1,2 Mrd. Euro	+ 40 Mio. Euro
10.	Eszterhazy, Melinda	1,1 Mrd. Euro	+ 40 Mio. Euro
	Kaufmann, Michael	1,1 Mrd. Euro	+ 40 Mio. Euro
	Stronach, Frank	1,1 Mrd. Euro	+ 40 Mio. Euro
	Familie Swarowsky	1,1 Mrd. Euro	+ 40 Mio. Euro

(Quelle: Trend, 1.7. 2004) Steuerparadies Privatstiftungen



Foto: Stadt Graz/Pachernegg

Heizkosten- zuschuss:

Gaspreiserhöhung zwingt zum Handeln

Mit 1. Dezember erhöht die Energie Graz (EGG) den Gaspreis um durchschnittlich 7 Prozent. Inklusive Mehrwertsteuer bedeutet das eine Belastung von 5 Euro pro Monat. Damit wird ein weiteres Versprechen hinfällig, das die Politiker vor dem Verkauf des Energiebereiches der Grazer Stadtwerke gemacht haben: Hatte man damals die Stadtwerke für den hohen Gaspreis in Graz verantwortlich gemacht und eine Senkung der Tarife als Privatisierungseffekt angekündigt, gibt es jetzt zu Beginn der kalten Jahreszeit eine drastische Verteuerung des Gaspreises.

Besonders stark spüren diesen Preisschub die Menschen mit geringem Einkommen. Deshalb verlangen wir, dass der Heizkostenzuschuss des Landes nach dieser Tarifierhöhung auch für Gas- und Fernwärmekunden auf 100 Euro angehoben wird. Derzeit gibt es lediglich für Haushalte mit Ölheizung einen Zuschuss von 100 Euro, während für andere Heizvarianten lediglich 50 Euro gewährt werden.

Diese Unterscheidung ist angesichts der Preisentwicklung beim Gas einfach nicht mehr haltbar. Alle Menschen brauchen eine warme Wohnung.

Menschen mit geringem Einkommen. Deshalb verlangen wir, dass der Heizkostenzuschuss des Landes nach dieser Tarifierhöhung auch für Gas- und Fernwärmekunden auf 100 Euro angehoben wird. Derzeit gibt es lediglich für Haushalte mit Ölheizung einen Zuschuss von 100 Euro, während für andere Heizvarianten lediglich 50 Euro gewährt werden.



Hausbriefkästen: Teure Sache für die Mieter

Das wird teuer: Wegen einer EU-Richtlinie müssen alle Hauseigentümer in Österreich bis 1. Juli 2006 insgesamt 1,7 Millionen Hausbriefkästen umrüsten bzw. neu installieren. Die Kosten dafür betragen österreichweit zwischen 100 und 170 Mio. €.

Damit soll laut einer Verordnung des Infrastrukturministeriums im Zuge der Liberalisierung der Postdienste künftig auch privaten Postbetreibern und Werbemittelfirmen die Zustellung ermöglicht werden.

Die KPÖ meint: Wer den Nutzen von dieser Öffnung hat, soll auch dafür zahlen und nicht die Mieter. Die Kosten für die Erneuerung der Hausbriefkästen betragen pro Postfach ca. 100 €. Die Vermieter versuchen werden, diese Kosten letztlich über die Betriebskosten oder die Instandhaltungsbeiträge auf die Haushalte zu überwälzen. Dazu kommen weitere Kosten für Haustorschlüssel für alle privaten Zusteller.

Stadtrat Kaltenegger: „Die Werbematerialverleiherfirmen und die pri-

vativen Postdienste wollen Geschäfte machen. Sie sollen deshalb die Umstellung auch selbst finanzieren. Es ist ein Widerspruch, dass großspurig der Liberalisierung öffentlicher Dienste das Wort geredet wird; die Kosten dafür wälzt man aber auf die KonsumentInnen ab“.

Kritik gibt es auch

darin, dass die der EU-Richtlinie entsprechenden Hausbriefkästen relativ breite offene Briefschlitze aufweisen. Damit wird es ermöglicht in die Postfächer zu greifen bzw. den Inhalt der darin befindlichen Post festzustellen, was eine Verletzung des Postgeheimnisses bedeutet. Auch die Postzusteller haben keinen Schlüssel mehr für solche Hausbriefkästen, sondern müssen das Postgut durch den Briefschlitz stopfen.



Schützenhofgasse: Abbruch steht im Raum

Die Politik steht in der Frage Schützenhofgasse weiter auf der Bremse. Trotz der Bürgerproteste gab es in der Gemeinderatssitzung am 11. November keine eindeutige Zusage der Stadtregierung im Interesse der Bewohner. Unter anderem hatte Klubobfrau Elke Kahr gefordert, die Erkenntnisse über die historische Bedeutung des Hauses Schützenhofgasse 25/27 zu berücksichtigen und deshalb keine Abbruchgenehmigung zu erteilen.

Zahlreiche Bewohnerinnen des Stadtviertels um die Schützenhofgasse und insbesondere die Interessengemeinschaft Herz-Jesu-Viertel wenden sich mit guten Argumenten

und öffentlichen Aktionen gegen den Abriss des Hauses Schützenhofgasse 25/27. Gemäß dem Bebauungsplan sollen ein historisches Gebäude aus dem Jahr 1867 zerstört, Vorgär-

ten massiv reduziert und schließlich bis zu 6-geschoßige Neubauten mit

mehrgeschoßigen Tiefgaragen gebaut werden. Der mehrheitliche Be-

schluss des Bebauungsplanes in der Gemeinderatssitzung am 13. November 03 ging teilweise von ungenügenden Informationen aus: Die Grazer Altstadt-Sachverständigenkommission (ASVK) hat in Übereinstimmung mit dem Bundesdenkmalamt das Ensemble der bestehenden Bebauung als schützenswert erklärt. Mit über 1000 Unterschriften wurde nun die Revision dieses Bebauungsplanes gefordert.



www.meine-stimme.info

Helfen Sie mit! Buttons und Material unter Tel. 71 24 79

WOHNHAUSBAUTEN DER
STADTGEMEINDE GRAZ

Der große Ausverkauf:

Jetzt auch noch die Gemeindewohnungen?



Hunderte Gemeindewohnungen wie hier in der Hermann Löns Gasse wurden in den letzten Jahren verbessert und mit zeitgemäßen Bädern ausgestattet.

Öffentliches Eigentum wird immer öfter Spekulationsobjekt. Große Konzerne schlucken Betriebe und Einrichtungen, die viele Jahrzehnte dem Staat, den Ländern oder den Gemeinden gehört haben. Die Folgen sind bekannt: Der österreichische Traditionsbetrieb Semperit wurde vom deutschen Multi Continental aufgekauft und hat in Österreich für immer die Produktion eingestellt und hunderte Beschäftigte entlassen; die 1784 (!) gegründete Austria Tabak, die zu den profitabelsten Staatsunternehmen zählte, wurde an den britischen Tabakkonzern Gallaher verschertelt, welcher künftig statt der Republik Österreich die Gewinne einstreifen darf; das Paradeunternehmen VA-Tech soll bald an den deutschen Siemens-Konzern gehen...

Fortsetzung umseitig

**VOLKSBEFRAGUNG
12. DEZEMBER**

Stimmen auch Sie am 12. Dezember
gegen einen Verkauf der
Gemeindewohnungen.

**kaltenegger
KPO**

Fortsetzung von Seite 1

Der große Ausverkauf



*Wohnungsstadtrat Ernst Kaltenegger:
Volksbefragung ist eine gute Gelegenheit
Nein zur Privatisierungspolitik zu sagen.*

Auch in der Stadt Graz hat der Ausverkauf bereits begonnen. 49 Prozent des Energiebereiches der Grazer Stadtwerke wurden an die ESTAG verkauft, an der wiederum die französische EDF beteiligt ist. Ein Totalverkauf der Energie Graz ist nicht mehr unwahrscheinlich.

Inzwischen sind noch städtische Immobilien, wie zum Beispiel Schloß Reinthal, die Villa Hartenau, die Kindervilla, auf die Verkaufslisten gekommen. Nach den Jahren des großen Geldausgebens sind die Kassen leer. Mit Liegenschaftsverkäufen hofft man, die Probleme lösen zu können.

Kein Wunder, dass in einer solchen Situation die Begehrlichkeiten zum Verkauf der Gemeindewohnungen enorm zugenommen haben. Um diesen schwerwiegenden Fehler zu verhindern, haben mehr als 16.000 Grazerinnen und Grazer mit ihren Unterschriften die Durchführung einer Volksbefragung gefordert. Diese findet am 12. Dezember 2004 statt.

Machen Sie am 12. Dezember 2004 von Ihrem Stimmrecht

Gebrauch – stimmen Sie mit „NEIN“ zum Verkauf oder der Ausgliederung der Grazer Gemeindewohnungen!



Fünf gute Gründe nicht zu verkaufen

1 Die Gemeindewohnungen werden gebraucht! Viele Menschen haben auf dem so genannten freien Markt keine Chance eine passende Wohnung zu finden. Maklerprovisionen, hohe Kauttionen und saftige Mieten sind oft unüberwindliche Hürden.

2 Gemeindewohnungen sind ein wichtiger Beitrag zur sozialen Sicherheit in Graz. Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Ohne Wohnung gibt es oft auch keine Chance auf Arbeit.

Hingehen und abstimmen
NEIN zum Ausverkauf



www.meine-stimme.info

Helfen Sie mit! Buttons und Material unter Tel. 71 24 79

VOLKSBEFRAGUNG
12. DEZEMBER 2004

... die Gemeindewohnungen ... oder auszugliedern:

3 Städtischer Hausbesitz erhöht die Kreditwürdigkeit der Stadt. Nicht von ungefähr werden beispielsweise Versicherungsgesellschaften durch den Gesetzgeber verpflichtet, einen Teil ihres Vermögens in Immobilien anzulegen. Aktien oder ähnliche Geldanlagen bieten oft deutlich weniger Sicherheit.

men!
kauf!

4 Verkauft ist verkauft! Sind die Gemeindewohnungen erst einmal verkauft, gibt es faktisch keine Chance mehr, diese jemals wieder zurück zu bekommen. Diese Wohnungen wurden in der wirtschaftlich schwierigen Zwischenkriegszeit und in der Nachkriegszeit gebaut. Sollen sie jetzt in den Zeiten des Wohlstandes verscherbelt werden?

5 Eine Ausgliederung der Gemeindewohnungen aus der Stadtverwaltung wäre nur die Vorstufe zum Verkauf. Eine ausgegliederte Gesellschaft soll anscheinend zur Geldbeschaffung der Stadt die Wohnungen abkaufen. Da diese städtische Gesellschaft – so wie die Stadt – ebenfalls kein Geld in der Kasse hat, müsste ein Kredit aufgenommen werden. Dieser Kredit könnte aber mit den derzeitigen Mieteinnahmen niemals zurückgezahlt werden. Erhöhung der Mietzinse bei Neuvermietungen und Leistungseinschränkungen für die Mieter wären die logische Folge. Trotzdem bliebe letztendlich nur der Totalverkauf an Dritte übrig.



Generalsaniert: Die Gemeindewohnungen in der Kienzl-Siedlung/Wetzelsdorf

FRAGUNG
DEZEMBER

Stimmen auch Sie am
12. Dezember
gegen einen Verkauf
der Gemeindewohnungen.

kaltenegger
KPO



EU-Battle Groups: Gegen Neutralität und Sozialstaat

Mit Neutralität hat das nichts mehr zu tun. Die Regierung hat nämlich beschlossen, dass sich Einheiten des Bundesheeres an einer EU-Battlegroup beteiligen werden. Besonders enttäuschend ist dabei, dass sich die SPÖ seinerzeit auf den Artikel 23 f der Verfassung eingelassen hat, der die Neutralität zugunsten des Aufrüstungskonzepts der EU aushebelt. Genau darauf beruft sich der Verteidigungsminister jetzt. Die neuen Einheiten sollen sich an Kriegseinsätzen am Balkan, in Afrika oder im Nahen Osten beteiligen.

In einer Analyse der Plattform Neutralität statt NATO-Armee wird Folgendes festgehalten: „Die österreichische Beteiligung am Schlachtgruppenkonzept dient auch zum Einstieg in die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“, wie dies Ferrero-Waldner explizit zum Ausdruck brachte. Im dazu beschlossenen Protokoll wurde auch klargelegt, dass diese Beteiligung mit weiterer Aufrüstung verbunden ist. Nur jene Staaten, die „anspruchsvolle“ Kriterien hinsichtlich Bewaffnung, Mobilität, etc. erfüllen, können sich an der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit beteiligen. Diese Aufrüstung wird den Sozialraubbau weiter-treiben.

Neue EU-Pläne drohen zum umfassendsten Angriff auf öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherungssysteme seit Bestehen der EU zu werden. Mit einer Richtlinie zur Liberalisierung von Dienstleistungen im Binnenmarkt möchte die EU nicht nur den Dienstleistungsbereich deregulieren, sondern auch gleich weite Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Sozialsysteme mitentsorgen.

Vorgesehen ist:

- Ausschreibungen für öffentliche Dienstleistungen wie Wasserversorgung oder öffentlichen Nahverkehr so zu gestalten, dass immer mehr öffentliche Dienstleistungen in private Hände fallen;
- Gebietskörperschaften daran zu hindern, durch eine Beschränkung von Genehmigungen oder Auflagen regulierend in den Markt einzugreifen.
- durch das Herkunftslandprinzip Dienstleister fast aller Branchen in weiten Bereichen nur noch den gesetzlichen

Neuer EU-Hammer gegen öffentliches Eigentum



Protestaktion gegen den EU-Hammer in Berlin

Vorschriften ihres Herkunftslandes zu unterwerfen;

- durch den gezielten Abbau von Kontrollmöglichkeiten die Überwachung von Vorschriften zum Schutz von Beschäftigten und VerbraucherInnen unmöglich zu machen;

Treibende Kräfte hinter dieser Richtlinie sind die Regierungen in Berlin, London oder Paris. Sie stützen einen EU-Apparat, der ihre neoliberale Politik in europäisches Recht zu gießen hat. Sie etablieren den nationalen Sozialkahltschlag als EUweite Norm. Sie verwandeln ihre Privatisierungspolitik in Brüsseler Direktiven. In der nun zur Ratifizierung anstehenden EU-

Verfassung sorgten sie gar für die konstitutionelle Verankerung ihres neoliberalen Kurses. Die Verfassung offenbart, wohin die bei der Daseinsvorsorge abgewickten Steuergelder künftig fließen: in die verpflichtende militärische Aufrüstung, überwacht durch eine europäische Rüstungsagentur.

Noch aber ist die Bolkestein-Richtlinie nicht durch. Belgische Gewerkschaften sind Vorreiter des Protests. Sie veröffentlichten kritische Stellungnahmen und gingen auf die Straße. Auch in anderen Ländern wächst die Entrüstung. **Stadtrat Kaltenegger:** „Unser Eintreten gegen den Verkauf von öffentlichem Eigentum in Graz ist ein Teil dieses Protestes.“

EU: Eine saubere Kommission

Es ist schade, dass die beiden EU-Abgeordneten aus der Steiermark Rack (VP) und Leichtfried (SP) nicht gegen die neue EU-Kommission gestimmt haben, wie dies 5 von 18 österreichischen VertreterInnen getan haben.

Das neue Kommissionsteam von José Manuel Barroso ist nicht viel besser als das alte. Es steht weiterhin für einen harten neoliberalen Kurs, der die Interessen von Großkonzernen und Unternehmen vertritt, das europäische

Sozialmodell in seiner bisherigen Form möglichst reibungslos entsorgen soll und den Rüstungskurs auf dem Weg zur Supermacht EU weiter forciert.

Der französische EU-Kommissar ist nach einem Parteispandenskandal gerichtlich verurteilt worden. Die Wettbewerbskommissarin Kroes vergab trotz Warnungen des Staatsanwalts als Ministerin in den Niederlanden öffentliche Gelder an notorische Verbrecher. Als Privatperson war sie in Geschäfte



mit Partnern verwickelt, die ihrerseits mit dem organisierten Verbrechen in Verbindung standen. Diese Frau soll nun die letzte Entscheidung über Multimilliarden schwere Unternehmenszusammenschlüsse als Kommissarin für Wettbewerb treffen.

Die Jahresgehälter der EU-Kommissare

Kommissionspräsident:	266,530 Euro
Vizepräsidenten:	241,422 Euro
Einfache Kommissare:	217,280 Euro

Die Pensionen von EU-Beamten und Politikern kosten mehr als 860 Steuermillionen.

Gabelsberger Tröpferbad unbedingt erhalten

Die Schließung der Badeanstalten der Stadt Graz an den Standorten Gabelsberger- und Gaswerkstraße trifft fast ausschließlich Grazerinnen und Grazer mit geringem Einkommen. Das „Tröpferbad“ ist für hunderte ältere und wenig mobile Menschen eine soziale Dienstleistung, ein Treffpunkt und ein Kommunikationszentrum.



KPÖ Gemeinderat
Andreas Fabisch

Die Tatsache, dass sich ein Komitee gegen die Schließung des Tröpferbades gebildet hat, zeigt, dass es dafür einen gesellschaftlichen Bedarf gibt.

KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch: „Deshalb lehnen wir das Vorhaben von ÖVP und SPÖ ab, dieses ohnehin geringe Angebot noch weiter zu reduzieren.“



Bedarf für Tröpferbad

Kinderbetreuung: Für Modellversuch

Die steiermärkische Landesregierung hat am 7. Juni 2004 eine Verordnung über die Einführung eines Modellversuches „Alterserweiterte Gruppe“ erlassen, die zur Erprobung



Foto: Stadt Graz/Pachernegg
KPÖ-Gemeinderätin
Uli Taberhofer

pädagogische Neuerung soll auch in Graz aufgegriffen und umgesetzt werden können. Das ist jedoch zur Zeit noch nicht möglich, da für Kindergartenplätze andere Förder Richtlinien als für Krippen- und Hortplätze gelten.

besonderer Formen der Kinderbetreuung führen soll. Kinder im Alter unter drei Jahren, solche im Kindergartenalter, aber auch schulpflichtige Kinder sollen gemeinsam in einer Gruppe von und miteinander lernen. Diese

KPÖ-Gemeinderätin Uli Taberhofer stellte deshalb den Antrag, Möglichkeiten einer Umsetzung des Modellversuchs „Alterserweiterte Gruppe“ in der Stadt Graz auszuloten.



Aktuell aus den Graz

KPÖ

Lücke im Radwegenetz

Das Grazer Radwegenetz weist im Bereich Peter-Tunner-Gasse bis zum Kalvariengürtel eine Lücke auf. In diesem Gebiet sind in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Wohnungen entstanden, weshalb es immer mehr Anregungen gibt, diese Lücke zu schließen. Besonders im Bereich der Eisenbahnun-

terführung Peter-Tunner-Gasse ist die Sicherheit für die RadfahrerInnen sehr eingeschränkt. KPÖ-Verkehrssprecher Johann Slamaniq stellte deshalb im Gemeinderat den Antrag, die Möglichkeiten für einen Lückenschluss des Radwegenetzes im Bereich Peter-Tunner-Gasse / Kalvariengürtel zu prüfen.



Kurt Luttenberger
KPÖ-Bezirksvorsteher-
Stellvertreter in Straßgang

Straßgang

Bürgerdemokratie

Bürgerdemokratie = Mitbestimmung aller Grazer Bürger/innen bei Angelegenheiten, die sie unmittelbar betreffen. Aus Straßgang ein Beispiel von vielen: Errichtung der Bushaltestelle der GVB-Linie 64 Kreuzung Glesingerstraße/Grillweg: Die Mehrheit der dort lebenden EinwohnerInnen begrüßt die jahrelang geforderte Busverbindung und die Errichtung der Haltestelle. Diese wurde jedoch so errichtet, dass sie teilweise zum Verkehrsrisiko wurde. Wo bleibt hier gelebte Bürgerdemokratie?

Die Stadt Graz verlangt einerseits von ihren Bürger/innen einschneidende Maßnahmen im materiellen Bereich, andererseits ist sie nicht gesprächsbereit. Das muss sich ändern.

Friedensbaum im Herzen von Graz

Ein Zeichen des Friedens und der Völkerverständigung setzten Grazer Politiker/innen gemeinsam mit Vertretern aus dem ehemaligen



Jugoslawien im Grazer Stadtpark. Die Anregung von Radisav Zivaljevic vom Verein „Kloster Decani“, einen symbolträchtigen und wachsenden Beweis der guten Nachbarschaft zu schaffen und einen Friedensbaum zu pflanzen, nahm Stadträtin Wilfriede Monogioudis gerne auf. Bürgermeister Nagl, Stadträtin Monogioudis sowie Stadträtin Kaltenbeck-Michl nahmen gemeinsam mit Herrn Zivaljevic die Schaufeln in die Hand und waren sich einig: „Möge der Baum rasch Wurzeln schlagen und wachsen, ebenso wie die Verbundenheit und Freundschaft zu unseren Nachbarn.“ Diesem Wunsch schloss sich auch der anwesende Botschafter von Serbien-Montenegro, Stefan Vuljaj an.

mieterinnen

NOTRUF



71 71 08

Studierendenheim sucht dringend kostenlose Möbel in gut erhaltenem Zustand (Büro- und Sitzmöbel, Bareinrichtung) und funktionstüchtige Elektrogeräte (Kühlschränke, Geschirrspüler, PCs, Kleingeräte) e-mail an: gramm@sbox.tugraz.at telefon: 0650/7536740

SPRECHTAGE

des Zentralverbandes der Pensionisten Graz

Montag bis Freitag von 9.30 bis 13.30 Uhr
Donnerstag 9.30 bis 17.00 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz

Tel. 71 24 80

Wir helfen und beraten bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Absetzbeträgen für Lohnsteuer wie Erwerbsminderung, Diät, usw.
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- bei anderen Problemen



Red:Out! Steiermark: Treffpunkt jeden 1. Montag im Monat im Cafe BARcelona, Reitschulgasse 20, 8010 Graz; Info Tel: 0699/100 435 28

Impressum: Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz., Tel. 71 24 79, Fax 71 62 91 email: stadtblatt@kpoe-graz.at



ANNONCEN

gesucht

Zwei-Zimmer-Wohnung, max. € 500,- alles inklusiv, im Bezirk St. Leonhard, Nähe Kunstuniversität bzw. Straßenbahnlinie 1 oder 7, ab Februar 2005 zu mieten gesucht. Telefon 0650/3100484.

Kulturverein sucht Räumlichkeiten, in Zentrumsnähe, zirka 50 m² maximal € 350,-. Anrufe bitte unter Tel: 0650/ 995 21 57.

Seriöse Familie sucht eine freundliche **3-Zimmer-Mietwohnung** auf Dauer mit Balkon oder Gartenanteil, kann auch Altbau sein, wenn möglich in Zentrumsnähe, Tel: 74 81 65 ab 19 Uhr oder tagsüber 71 24 79.

Familie (5 Personen) suchen eine günstige **3-4 Zimmer-Wohnung** in Graz; Wohnung unbedingt im Erdgeschoß wegen Behinderung eines Familienmitgliedes. Anrufe unter 0664/ 43 542 11.

Mutter mit zwei Kindern sucht preiswerte **2-Zimmer-Wohnung**. Wenn möglich im Parterre bzw. mit Gartenanteil. Tel. 0699/ 120 98 688, Frau Güner, abends.

Arbeit gesucht

Rüstige **Pensionistin** übernimmt in Graz Putzarbeiten, Telefon 0699/88806760

gefunden

gefunden: Beim Volkshausfest am 11. September wurde ein Diabetikermessgerät Marke „MediSense“ gefunden. Tel: 71 24 79

abzugeben

Verkaufe **Gitterbett**, benutzbar, Antiquität, Vorbesitzer Mag. Otto Renner (ist Großneffe von Dr. Karl Renner) Tel: 0664/ 39 558 13

Flohmarktsachen pro Karton günstig abzugeben. Tel: 0664/ 39 558 13.



Blaue Zonen – Ausnahme genehmigung für Anrainer

Eine Ungerechtigkeit und Ungleichbehandlung bei der Ausstellung der Ausnahmegenehmigungen für die „Blauen Zonen“ deckte die KP-Bezirksrat Herbert Wippel auf: „Wenn Sie z.B. am Schönaugürtel wohnen und wie bisher Ihr Auto dort abstellen wollen bezahlen Sie statt der € 213,67 (pauschale Parkgebühr für 2 Jahre) wie in allen anderen Stadtteilen fast € 400,-!“

Warum es dazu kommt, liegt daran, dass der Schönaugürtel wie z.B. auch die Elisabethstraße in den Verwaltungsbereich des Landes Steiermark fallen. Und für das Parken auf einer Landesstraßen wird eine zusätzliche Verwaltungsabgabe vom Land kassiert, obwohl die Stadt

Graz die Parkscheinautomaten aufstellt, die Bodenmarkierung anbringt und für die Verwaltung der „Blauen Zonen“ aufkommt.

Auch in der Diskussion um die Ausweitung der „Blauen Zonen“ wurden die BürgerInnen niemals darüber informiert, dass Sie im diesem Falle doppelt zur Kassa gebeten werden. Noch dazu ist wohl kaum jemand darüber informiert, ob die angrenzenden Straßen der Stadt oder dem Land gehören. „Das ist ganz sicher nicht im Interesse der BürgerInnen unseres Bezirks“, meint Wippel und verlangt eine dringende Überarbeitung der Abgabenverordnung in der Parkraumbewirtschaftung.



Der Rote Freitag ist eine offene Diskussions- und Bildungsreihe der KPÖ Graz.
Ort und Zeit ist jeweils Freitag, 16.30 Uhr, Karl-Drews-Klub, Lagergasse 98a, 8020 Graz.
Aktuelle Programme und Diskussionen unter www.roter-freitag.org

3. Dezember 2004

Andreas Nitsche: Das politische Denken Fidel Castros Kapitalismus, Demokratie, Revolution und Marxismus-Leninismus aus der Sicht des Maximo Lider

14. Jänner 2005

Oskar Freund: Das Kapital

Vortrag und Diskussion mit Oskar Freund über „Das Kapital“ von Karl Marx.



Am **Samstag, den 11. Dezember** geben die beiden langgedienten Grazer Bluesmusiker Christian Masser und Hans Fellner ein Konzert im Cafe „Cubino“ Sternäckerweg 16, Beginn: 20 Uhr Eintritt frei.



Wahltag 12. Dezember: So wählen sie richtig!

AMTLICHES BEFRAGUNGSBLATT
für die
Volksbefragung in der Stadt Graz
am 12. Dezember 2004

MUSTER

Soll es zu einer Ausgliederung beziehungsweise Privatisierung der Grazer Gemeindewohnungen kommen?

ja nein

HUMANA Kleidersammlung sucht KLEINFRÄCHTER
Als Kooperationspartner für die Entleerung der HUMANA-Kleidercontainer im Raum Graz/Weiz per sofort. Arbeitsvolumen ca. 2 Werktage pro Woche inklusive Anlieferung an Sortierwerk in Wien 23. Auskunft: HUMANA, Verein zur Förderung notleidender Menschen in der 3. Welt, Perfektastraße 86-88, A-1230 Wien. Tel.: 01 / 869 38 13 – 11 od. 0664 / 286 40 25 oder per Email: info@humana.at

Gesundheit: Brillen – nur für Reiche

Die Belastungen im Gesundheitsbereich sind umgeschichtet worden, sie werden aber noch rücksichtsloser und unsozialer: Ab 1. Jänner 2005 werden sich bald nur mehr Reiche Brillen oder Kontaktlinsen leisten können. Für die meisten Menschen wird es in Zukunft keine Refundierung eines

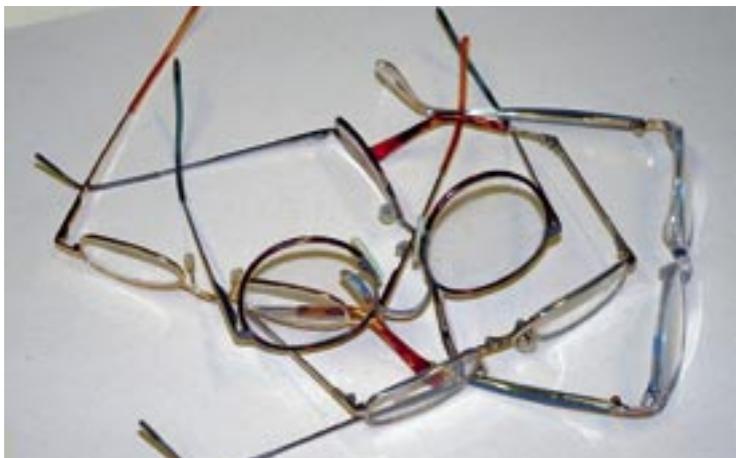
Teils der Kosten für Brillen mehr geben. Kein Wunder, dass es in den letzten Tagen einen Ansturm auf die Augenarztpraxen gegeben hat.

Der Kostenbeitrag für Patienten im Spital kann von 7,98 Euro auf 10 Euro pro Tag erhöht werden! Die Rezeptgebühr wird

„nur“ um umgerechnet 1,40 S teurer und beträgt künftig 4,45 €.

Dadurch werden vor allem Ältere, chronisch Kranke und schwer arbeitende Menschen belastet und damit für das Kranksein noch zusätzlich bestraft.

Die steirische KPÖ setzt sich entschieden gegen diese Belastungen ein und wird auf alle Fälle Initiativen zur Anhebung der Freigrenzen starten.



Neue Belastungen im Gesundheitswesen kommen auf uns zu.

Gefahr beim Hackher-Löwen

Bei der Schlossbergmauer rund um den Hackherschen Löwen liegen bauliche Mängel vor. Mehrmals sind bereits lose Steine auf den darunter liegenden Fußweg gefallen, die als Gefährdung für die FußgängerInnen zu sehen sind.

VA-Tech: Rote Alarmlampen leuchten!

Von Peter Scherz, Arbeiterkammerat des Gewerkschaftlichen Linksblocks (GLB)



Nach den jüngsten Entwicklungen rund um die VA-Tech leuchten die roten Alarmlampen für den Standort Weiz auf. Bei Elin-Weiz werden nicht die Beschäftigten und die Bevölkerung der Region sondern der Finanzmarkt bestimmen, wie es weitergehen wird. Die Warnungen des Firmenvorstandes und des Betriebsrates vor dramatischen Arbeitsplatzverlusten sind sehr ernst zu nehmen. Davon wären in Österreich 900 Arbeitsplätze in Weiz und Wien sowie einige ausländische Standorte betroffen.

Leider muss daran erinnert werden, dass der Verkauf der voestalpine-Anteile an der VA Tech im Jahre 2003 mit Zustimmung der SPÖ-Betriebsräte im Aufsichtsrat erfolgt ist. Verdrängt wird von der SPÖ schließlich auch, dass die Grundlage für die heutige Misere der VA Tech in der Ära der rotschwarzen Regierung mit der Zerschlagung der ehemals einheitlichen Voest im Jahre 1988 und dem Börsengang im Jahre 1994 gelegt wurde.

So schaut es in Wirklichkeit aus. Zuerst erzählt man bei der Privatisierung eines gut gehenden Betriebes schöne Geschichten von neuen Märkten. Dann kommen aber der Druck auf die Arbeitsplätze, auf den Standort und große Unsicherheit für die Menschen.

Die Aktienbörse ist auf einmal wichtiger als die Qualität der Produkte.

Es wäre höchste Zeit, dass...

... Bürgermeister Nagl sich endlich bei seinen Parteifreunden in der Steiermärkischen Landesregierung für den Erhalt der Landesbibliothek einsetzt. Sie erfreut sich als Universalbibliothek bei den Grazerinnen und Grazern großer Beliebtheit. Jedoch gefährdet die gegenwärtige finanzielle Aushungierung die Qualität und den Bestand dieser wichtigen Einrichtung!

Rat und Hilfe

Mieterschutzverband
Steiermark
Sparbersbachgasse 61

Tel. 38 48 30
(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)
Sprechstunden – Bitte um tel. Voranmeldung!
Öffnungszeiten:
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr
www.mieterschutzverband.at

Gemeindewohnungen verkaufen? Da sagt selbst der Krampus NEIN

www.meine-stimme.info

Stimmen auch Sie am 12. Dezember gegen einen Verkauf der Gemeindewohnungen!

kaltenegger
KPÖ



Wer kann wählen?

Stimmberechtigt sind alle EU-Bürgerinnen und Bürger, welche am 1. Jänner 2004 das 16. Lebensjahr vollendet und den Hauptwohnsitz in Graz haben.

Wo kann man wählen?

Die Volksbefragung läuft ähnlich wie eine Wahl ab. Sie bekommen einige Tage vor der Abstimmung ein Verständigungsschreiben vom Magistrat. Darin wird Ihnen auch mitgeteilt, wo sich Ihr Abstimmungslokal (Wahllokal) befindet. Die Abstimmungslokale haben am 12. Dezember von 7 – 16 Uhr geöffnet.

Einige Stimmkartenlokale haben sogar schon ab 5 Uhr geöffnet. Um dort abstimmen zu können, muss allerdings eine Wahlkarte beim Wahlamt in der Beethovenstraße 9 beantragt werden. Anträge können auch online unter www.graz.at bestellt werden.

Was tun, wenn man krank oder stark gehbehindert ist?

Wer aus Alters- oder Krankheitsgründen das zuständige Befragungslokal nicht aufsuchen kann und von einer Wahlbehörde besucht werden möchte, kann dies beim Wahlamt beantragen.

Magistrat Graz, Wahlamt
Beethovenstraße 9
8010 Graz
Telefon: 872-5151

www.graz.at/befragung04



Wahltag 12. Dezember

Es geht um unsere Gemeindewohnungen



Hingehen – abstimmen!
Am 13. Dezember ist es zu spät!

kaltenegger
KPO